



Die Bekämpfung des **TERRORISMUS**



DIE BEKÄMPFUNG des TERRORISMUS

POSITIONSPAPIERS ZUR BEKÄMPFUNG DES TERRORISMUS
NACH DEN ANSCHLÄGEN AUF DIE VEREINIGTEN STAATEN

MÄRZ 2002

ZUSAMMENFASSUNG

Der Kampf gegen den Terrorismus und seine Ursachen müssen auf folgenden Grundelementen basieren:

Kurzfristig :

- Diplomatische Aktivitäten mit dem Ziel, die Fortsetzung der globalen Allianz gegen den Terrorismus zu gewährleisten;
- Soforthilfemaßnahmen für die afghanische Bevölkerung;
- Durchführung dringlicher Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit der Menschen in der Europäischen Union;
- Beitrag zur Konsolidierung einer demokratischen, multi-ethnischen, gleichstellungsorientierten und international ausgerichteten Regierung für Afghanistan, die die menschlichen Grundrechte respektiert;
- Einfrierung der Vermögenswerte terroristischer Organisationen;
- Achtung der Menschenrechte, einschließlich derer der Gefangenen von Guantanamo.

Mittelfristig :

- Beitrag zur Annahme und Umsetzung eines Programms für den Wiederaufbau Afghanistans in Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und mit dem Ziel, die Stabilität in der gesamten angrenzenden Region zu verbessern;
- Intensivierung der bestehenden Programme für die Kooperation in und mit Ländern und Regionen, die Unterstützung bei der Schaffung von Stabilität benötigen;
- Intensivierung des demokratischen und politischen Dialogs zwischen Politikern und der Zivilgesellschaft in verschiedenen kulturellen Gemeinschaften;
- **Unbedingte Lösung bestimmter Konflikte, darunter des Konflikts zwischen Israel und Palästina, der Extremismus hervorbringt und den Akteuren des internationalen Terrorismus als Vorwand dient;**
- **Rasche Umsetzung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, insbesondere Operationalisierung der europäischen schnellen Eingreiftruppe für gemeinsame europäische friedenserhaltende Aufgaben;**
- **Bereitstellung eines rein europäischen Programms zur Verbesserung der internen Sicherheit bei gleichzeitiger Gewährleistung der Rechte des Einzelnen;**
- **Reform der internationalen Finanzorganisationen (IWF, Weltbank);**
- **Kampf gegen Steueroasen;**
- Fortsetzung des Aufbaus eines Internationalen Strafgerichtshofs;
- **Wiederaufnahme der Verhandlungen über den Einsatz von Handfeuerwaffen.**

Längerfristig:

- **∑ Herbeiführung einer klaren Verpflichtung zur Bekämpfung von Hunger, Armut und Unterentwicklung** in aller Welt mit ausreichenden Mitteln;
- Umsetzung eines vollständigen Programms für Bildung, Verständnis und Respekt zwischen den Kulturen unter vollem Respekt des gender mainstreaming-Prinzips;
- Schaffung langfristiger Partnerschaften und intensive Zusammenarbeit mit europäischen und anderen Regionen, die der Unterstützung bedürfen, um Wohlstand, Stabilität und Rechtsstaatlichkeit zu verwirklichen;
- Weiterentwicklung der Instrumente für eine gemeinsame interne und externe Sicherheitspolitik der Europäischen Union;
- **Verstärkung internationaler Strukturen (allen voran die UNO), die für die Schaffung, Respektierung und Durchsetzung international anerkannter Normen und Werte erforderlich sind.**

Die Europäische Union muss – gemeinsam und in enger Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Staaten – einer substantiellen politischen und finanziellen Investition in diesem Bereich Priorität einräumen. Geschieht dies nicht, sind unsere eigene Stabilität und Sicherheit unausgesetzt und in zunehmendem Maße in Gefahr.

**Freiheit und Sicherheit in einer globalisierten Welt;
Europas Verantwortung für unsere gemeinsame Zukunft**

**„Nous autres, civilisations, savons maintenant que nous sommes mortelles.“
Paul Valery**

DIE BEKÄMPFUNG des TERRORISMUS

POSITIONSPAPIERS ZUR BEKÄMPFUNG DES TERRORISMUS
NACH DEN ANSCHLÄGEN AUF DIE VEREINIGTEN STAATEN

MÄRZ 2002

Armut und Unterentwicklung, die Verletzung elementarer Menschenrechte und institutionalisierte Ungleichheit, aber auch der Eindruck von Kulturimperialismus lassen ein unhaltbares Klima entstehen, in dem Diskriminierung, das Gefühl tiefer Erniedrigung, Fanatismus, Gewalt, Verbrechen und Terrorismus einen ausgezeichneten Nährboden finden können. Obwohl der Terrorismus verschiedene Ursachen hat, die weit über rein wirtschaftliche Gründe hinausgehen, wird ein sich verschlechterndes Wirtschaftsklima von Terroristen häufig dazu missbraucht, ihre eigenen Ziele zu verfolgen. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass, wie sich in jüngster Zeit in Irland, Spanien und Frankreich gezeigt hat, die Bekämpfung des Terrorismus auch ein sehr europäisches Thema ist. Eine regionale Zusammenarbeit innerhalb eines globalen Rahmens, ein Dialog der Kulturen auf der Grundlage universeller Normen, die Respektierung des Völkerrechts in Verbindung mit der Umsetzungsbefugnis muss Teil einer globalen Sicherheitsstrategie sein.

Gemeinsam mit den Vereinigten Staaten sind die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten der neu entstandenen globalen Allianz gegen den Terrorismus beigetreten. Die Aktivitäten der Allianz bestehen aus verschiedenen Komponenten, wichtiger ist jedoch, dass sie für eine langfristige Verpflichtung zur Verwirklichung von Frieden, Stabilität, Wohlstand und Gerechtigkeit auf globaler Ebene genutzt wird. Im Rahmen dieser Allianz kann sich die Europäische Union mit dem amerikanischen Unilateralismus nicht zufrieden geben. Der Union kommt eine besondere Rolle zu.



EINLEITUNG

Während der letzten 50 Jahre haben die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten auf den Ruinen des Zweiten Weltkriegs einen Raum des Friedens, der politischen Stabilität und des wirtschaftlichen Wohlstands geschaffen, der als Beispiel für die restliche Welt gilt. Durch den Beitrittsprozess, die aktive Zusammenarbeit mit den Ländern der ehemaligen Sowjetunion, die Umsetzung des Stabilitätspakts für den Balkan und ein besonderes Verhältnis zu den Ländern des Mittelmeerraums versucht die Europäische Union, die Gegensätze aus der Zeit des Kalten Krieges zu überwinden sowie Frieden, Stabilität und Wohlstand auf die ganze europäische Region auszuweiten.

Hunger und Unterentwicklung, Unterdrückung sowie die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Handfeuerwaffen und leichten Waffen, internationales Verbrechen und Terrorismus sind eine Gefahr für Frieden und Stabilität und stehen in deutlichem Gegensatz zu den Werten und Überzeugungen, die die Grundlage der Europäischen Union bilden. Die Europäische Union hat auf ihrem eigenen Territorium Erfahrungen mit dem Terrorismus sammeln müssen. Sie verpflichten die Union zu handeln, Verantwortung zu übernehmen, sich für den Frieden und für die Bekämpfung von Ungerechtigkeit und Ungleichheit einzusetzen. Damit die Aktionen der Europäischen Union effizient sind und damit sie im Rahmen ihres Engagements respektiert wird, müssen die politische und institutionelle Entwicklung der Außen- und Sicherheitspolitik der EU gewährleistet werden, und es müssen umgehend effiziente zivile und militärische Instrumente zur Verstärkung ihrer Handlungskapazität in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und bestehenden internationalen Übereinkommen geschaffen werden.



1.

Am 11. September 2001 wurde ein entsetzlicher und nie dagewesener Terroranschlag in den Vereinigten Staaten verübt, bei dem Tausende unschuldige Bürger ums Leben kamen. Führende Politiker aus aller Welt verurteilten diese Angriffe aufs Schärfste und erklärten, dass diese Terroranschläge als bewaffneter Angriff, als Akt der Aggression gegen alle offenen, demokratischen und multikulturellen Gesellschaften und als Verletzung des internationalen Friedens, der Stabilität und Sicherheit betrachtet werden müssen.

2.

2. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen richtete einen dringenden Appell (Resolution 1368 (2001)) an alle Staaten, "dringend dabei zusammenzuarbeiten, die Täter, Organisatoren und Geldgeber dieser Terroranschläge der Gerechtigkeit zuzuführen", während gleichzeitig betont wurde, dass "diejenigen, die für die Hilfe, Unterstützung oder Beherbergung dieser Personen verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden". Auf Grund dieser Resolution wurde eine umfassende internationale Koalition aufgebaut, in deren Rahmen sich über 50 Staaten hinter die Vereinigten Staaten stellten, darunter die Mitglieder der Europäischen Union, die Beitrittsländer und viele andere, z. B. Russland, China, Japan, Indien, Pakistan, Australien, Kanada und sogar Kuba.

Der Europäische Rat von Brüssel und Gent bekräftigte die konkrete Solidarität der Europäischen Union mit dem amerikanischen Volk und ihr Eintreten für die Bekämpfung des Terrorismus.

Die Solidarität mit den Vereinigten Staaten und ihre Unterstützung hat der Europäischen Union die Gelegenheit gegeben, mit den USA den Umfang ihrer Aktionen zu erörtern.



3.

Eine erfolgreiche globale Allianz gegen den Terror ist sehr stark von Europas Fähigkeit abhängig, an einem Strang zu ziehen, insbesondere unsere Nachbarn zu integrieren und so unterschiedliche Nationen wie Russland, Iran und die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas als Teilhaber an dieser Strategie zu akzeptieren. Neue Angebote politischer und wirtschaftlicher Verbindungen zu diesen Ländern, entscheidende Schritte zur Lösung der Krise im Nahen Osten und eine Ausweitung der Hilfe zur Unterstützung der notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Reformen in diesen Ländern sind von elementarer Bedeutung.

Parallel zu dieser politischen Strategie sollte Europa auf der Wahrung der Menschenrechte als wirksameres Instrument langfristiger Stabilität bestehen. Die Fähigkeit Europas, diesen Dialog aufzunehmen und ihn zu verstärken, ist von überragender Bedeutung für den Erfolg militärischer, justitieller und politischer Aktivitäten zur Bekämpfung des Terrorismus. Im Rahmen dieses Dialogs sollte einer gemeinsamen europäischen Stimme der Vorzug gegeben werden.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, eine parlamentarische Diplomatie und Kontakte mit der Dritten Welt zu entwickeln, und zwar sowohl durch das Europäische Parlament als auch durch nationale Parlamente. Da diese Kontakte zwischen Gleichen stattfinden, können sie offene Gespräche zwischen den beteiligten Parteien bewirken und zu einem besseren gegenseitigen Verständnis der Positionen beitragen.

7.

Die Europäische Union sollte eine Diskussion über eine gemeinsame Verteidigungspolitik in der Zuständigkeit der Gemeinschaft auf seine Tagesordnung setzen, durch die ein Rahmen geschaffen wird, innerhalb dessen die Kapazitäten der EU entwickelt werden sollten, die erforderlich sind, um einer Sicherheitskrise gerecht zu werden. **Die EU sollte die institutionelle Lücke füllen und positive Vorschläge unterbreiten, die Maßnahmen im Sicherheitsbereich gemäß einem Unionsvertrag ermöglichen, der besser an den Umgang mit den derzeitigen Problemen angepasst ist.** Inzwischen sollten die Mitgliedstaaten ihre Verpflichtungen gemäß dem Gipfel von Helsinki zur Schaffung einer Truppe für schnelle militärische Reaktionen einhalten.

8.

Die Anschläge durch mit Milzbranderregern infizierte Post fügten den terroristischen Bedrohungen in den USA und möglicherweise auch andernorts eine neue Dimension hinzu. Es ist dringend erforderlich, den Rahmen der UNO zur Bekämpfung terroristischer Bedrohungen durch chemische Waffen zu nutzen. Um diese Bedrohung geht es auch in der Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Verhandlungen im Rahmen des Übereinkommens über das Verbot biologischer Waffen und von Toxinwaffen, die am 15. November 2001 angenommen wurde.

Es kommt darauf an, im Rahmen der Europäischen Union einen integrierten gemeinsamen Ansatz auf die Gefahr des Bioterrorismus zu finden. In diesem Ansatz müssen die Erfassung und Untersuchung von Informationen, die Abschätzung der Risiken, das Frühwarnsystem, das Krisenmanagement und die Aufklärung der Öffentlichkeit als Bestandteile einfließen. Die Mitgliedstaaten sollten Seuchenkontrollzentren nach dem Vorbild der in den USA bereits bestehenden Einrichtungen aufbauen, die dann auf europäischer Ebene zusammenarbeiten müssten.

DIE BEKÄMPFUNG des TERRORISMUS

POSITIONSPAPIERS ZUR BEKÄMPFUNG DES TERRORISMUS
NACH DEN ANSCHLÄGEN AUF DIE VEREINIGTEN STAATEN

MÄRZ 2002

4.

Der Nordatlantikkart hat erstmals in seiner Geschichte beschlossen, dass dieser Angriff als Handlung gemäß Artikel 5 des Vertrags von Washington betrachtet werden soll, in dem es heißt, dass alle Verbündeten die angegriffene Partei unterstützen werden, indem sie die Maßnahmen ergreifen, die sie für notwendig erachten.

Obwohl die meisten Mitgliedstaaten der EU auf die ein oder andere Art von dem Beschluss zur Anwendung von Artikel 5 und zur Leistung militärischer Unterstützung für die Maßnahmen der Vereinigten Staaten betroffen waren und sind, bleibt dieser Beschluss weiterhin völlig in der Zuständigkeit der NATO und ihrer Mitgliedstaaten. Dennoch wurde die NATO, nachdem dieser Beschluss gefasst war, nicht direkt an den Militäraktionen in Afghanistan beteiligt.

5.

Selbst angesichts einer weiteren Entwicklung der europäischen Initiative für gemeinsame Sicherheit und Verteidigung werden die Aktionen der EU in diesem Stadium auf die sogenannten Petersberg-Aufgaben, d. h. friedenserhaltende Maßnahmen, beschränkt sein. **Durch den faktischen Ausschluss militärischer Zuständigkeiten für die Europäische Union werden jedoch ihre Pflichten, Zuständigkeiten und Möglichkeiten nicht verringert.** Es gehört zu den Aufgaben der Union, alle politischen, zivilen, wirtschaftlichen und militärischen Maßnahmen, die in ihrer Macht stehen, zu ergreifen.

6.

Die Europäische Union kann und muss eine Führungsrolle im Rahmen einer globalen Aktion zur Bekämpfung des Terrorismus, zur Verbesserung der Sicherheit bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Werte von Demokratie, Menschenrechte und Freiheit, zur Vermeidung der Ausweitung von Konflikten als Grund und Vorwand für Terroranschläge und zur Schaffung einer Welt auf der Grundlage der Solidarität und des Multilateralismus übernehmen.



4



5

DIE BEKÄMPFUNG des TERRORISMUS

POSITIONSPAPIERS ZUR BEKÄMPFUNG DES TERRORISMUS
NACH DEN ANSCHLÄGEN AUF DIE VEREINIGTEN STAATEN

MÄRZ 2002



Im Bereich der Entwicklungshilfe muss für jeden Mitgliedstaat und für die EU insgesamt ein verbindlicher Zeitplan zur Erreichung eines Beitrags von 0,7 % des BSP sowie ein Plan für den Erlass der Schulden der Dritten Welt vereinbart werden. Diese Aufwendungen sind essentiell, um zu verhindern, dass die Welt in zwei Kategorien aufgeteilt wird: in die industrialisierten sehr reichen Länder und in die sehr armen Entwicklungsländer.

Die EU trägt besondere Verantwortung für die Herstellung guter Beziehungen zu Moslems, ob in EU-Ländern oder anderswo. Ferner liegt es in unserem Interesse, die offene Verständigung mit den progressiven Kräften in islamischen Ländern aufrechtzuerhalten und weiter auszubauen. Nur so wird langfristig eine fruchtbare kulturelle, wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit diesen Ländern möglich sein. In diesem Rahmen **müssen wir insbesondere unsere Kooperation mit den Ländern des Mittelmeerraumes, des Nahen Ostens und Zentralasiens sowie den Schwarzmeerrainern ausbauen**, denen sehr an einer engeren Zusammenarbeit mit der EU gelegen ist.

Nicht zuletzt ist allen klar, dass die andauernde Nahostkrise in diesen schwierigen Angelegenheiten eine zentrale Rolle spielt. Die Bemühungen der Europäischen Union und die permanenten sozialistischen Initiativen in dieser Region müssen mit aller Entschlossenheit weiter verfolgt werden, auch wenn derzeit offensichtlich ein toter Punkt erreicht ist, weil die Regierung Israels jede Lösung ablehnt, die ein friedliches Miteinander der beiden Volksgruppen und die Bildung zweier Staaten zur Grundlage hätte und darüber hinaus ist es von dringender Wichtigkeit, dass die palästinensische Autonomiebehörde dafür Sorge trägt, dass die Selbstmordanschläge ein Ende finden.

9.

Die Terroranschläge und die erfolgten Gegenmaßnahmen können in keiner Weise als Ausdruck eines Konflikts zwischen Ost und West oder Nord und Süd, zwischen Christentum und Islam oder zwischen Israel und seinen Verbündeten einerseits und den Palästinensern und ihren Verbündeten andererseits betrachtet werden. Derartige Terroranschläge sollen eine Destabilisierung aller bewirken, ungeachtet von Rasse, Religion oder Herkunft. Einige westliche Ideologien behaupten, Ziel der Terroristen sei es, glauben zu machen, dass es sich um einen Kampf zwischen Kulturen und Zivilisationen oder - was genauso schlimm ist - zwischen Religionen handelt. Wir weisen diese vorschnellen und gefährlichen Vereinfachungen zurück. **Es besteht heute Übereinstimmung zwischen den meisten Völkern über die Grundwerte – Freiheit, Achtung der Menschenrechte, Solidarität, Festigung der Demokratie usw. – dies muss auf Rechtsstaatlichkeit gegründete Staaten in ihrem Kampf gegen Intoleranz einigen. Dieser gemeinsame Kern der Zivilisation, selbst wenn er unterschiedlich verstanden oder empfunden wird, bleibt der einzige historische Weg zu einer Welt der Freiheit und Solidarität, die sich vom Fanatismus und Extremismus befreit hat.** Heute werden alle Kulturen durch die Ereignisse vom 11. September herausgefordert. Unsere Rolle besteht darin, die Kräfte des Fortschritts und Dialogs, wo immer sie auch sein mögen, bei der Bekämpfung derjenigen zu unterstützen, die die Grundfesten der demokratischen Zivilisation zerstören wollen. **Der Kampf gegen den Terrorismus, bei dem es uns fern liegt, die Menschheit unter dem Vorwand ihrer unüberbrückbaren kulturellen Verschiedenheit in feindliche Lager zu spalten, muss uns enger zusammenbringen, als Völker, die für das einzige, was zählt und wofür Europa steht – nämlich die Sache der Gerechtigkeit im Interesse der Menschlichkeit – kämpfen.**

10.

Die Europäische Union muss ihre Bemühungen fortsetzen, die Armut zu bekämpfen. Sie muss deshalb auch **ihre Bemühungen zur Reformierung und Neuorientierung der Institutionen der internationalen wirtschaftlichen Ordnungspolitik wie WTO, Weltbank und IWF im Interesse einer demokratischeren Ordnungspolitik und einer wirksameren Förderung der globalen Stabilität, sozialen Gerechtigkeit und Beseitigung der Armut intensivieren.** Insbesondere durch die WTO muss die EU das Streben nach freierem und fairerem Handel vorantreiben, um die Kluft zwischen entwickelten und Entwicklungsländern zu überbrücken. **Nach Doha sollte die EU darüber hinaus zur Stärkung der ILO beitragen.**



11.

Im Interesse einer nachhaltigen Lösung für das Terrorismusproblem müssen wir über das unmittelbare Gebot, die Verantwortlichen für das abscheuliche Verbrechen vom 11. September gegen das amerikanische Volk ihrer gerechten Strafe zuzuführen, hinaus blicken. Um den Konflikt zu entschärfen und den bewaffneten Konflikt schließlich zu beenden, müssen parallel zu den derzeitigen Militäroperationen ernsthafte Bemühungen zur weltweiten Wiederversöhnung der Völker unternommen werden. Die Industrieländer müssen ihren fatalen Trugschluss, dass sie grundsätzlich in allem Recht haben, dass sie nicht verantwortlich für die Not der Welt, insbesondere der Dritten Welt sind, aufgeben. Internationale politische Mechanismen müssen wiederbelebt werden, um dort Lösungen zu erzielen, wo die ausschließliche Abhängigkeit von Kapitalmärkten so entscheidend versagt hat. Die Währungen müssen gegen Misswirtschaft der Regierungen und auch gegen den Missbrauch durch die weltweite Liberalisierung der Kapitaltransfers, die in vielen Fällen zu wilder Spekulation verkommen ist, verteidigt werden. Der Privatsektor, insbesondere in den hochentwickelten Volkswirtschaften, muss zumindest in vollem Umfang für die Kosten seiner Finanz-, Handels- und Produktionstätigkeit aufkommen; will man die Aufgabe, die Armut auf der Welt zu beseitigen, ernsthaft anpacken, so kann nicht mehr länger zugelassen werden, dass der Privatsektor die Liberalisierung im Umwelt-, Steuer- und Finanzbereich wie bisher weiter ausnutzt. **Maßnahmen wie Kapitalflusskontrollen oder die Tobinsteuer, die von den politischen Führern in der Dritten Welt sehr ernst genommen werden, müssen in dem echten Bemühen erörtert werden, wirkliche Lösungen für die anvisierten Probleme zu finden. Nur eine radikale neue Auffassung von Sozial- und Wirtschaftspolitik hat eine Chance, im internationalen Zusammenleben von der Gewalt auf den Weg des Friedens umzuschalten. Verstärkt gilt es auf die Beseitigung von Steueroasen hinzuwirken. Das Europäische Sozialmodell kann die Entwicklungsländer inspirieren seine Grundideen zu übernehmen.**





12.

Am 11. September 2001 hat die Sicherheitsdebatte eine drastische Wendung erfahren. Zum ersten Mal seit dem Bürgerkrieg 1861-1865 wurden amerikanische Städte angegriffen und waren Tausende von Toten zu beklagen. Der Mythos der amerikanischen Unbesiegbarkeit wurde erschüttert, und ausgerechnet in dem Land, das davon gesprochen hatte, einen hochtechnisierten „Raketenschutzschild“ aufzubauen, wurden 4 zivile Flugzeuge auf drei verschiedenen Flughäfen gewaltsam gekidnappt und kaltherzig als menschliche Torpedos benutzt.

Es muss auch hervorgehoben werden, dass der Anschlag zwar in den Vereinigten Staaten ausgeführt, offensichtlich jedoch weitgehend auf dem Hoheitsgebiet der Staaten Europas, insbesondere in Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien und dem Vereinigten Königreich, geplant wurde.

Aus diesen Gründen hat der Europäische Rat auf seinen Gipfeltreffen von Brüssel und Gent beschlossen, den Prozess der justitiellen Zusammenarbeit, der auf der Tagung des Europäischen Rates im Tampere eingeleitet wurde, zu beschleunigen.

Die Terroranschläge verpflichten die Union, eine Reihe von konkreten Maßnahmen sowohl im Bereich ihrer Innen- als auch Außenpolitik zu ergreifen, wobei sich die Grenzen zwischen beiden Politikbereichen immer mehr verwischen. Diese Maßnahmen betreffen den Kampf gegen den Terrorismus, die Schaffung eines echten europäischen Rechtsraumes, die Stärkung der nachrichtendienstlichen Tätigkeit der EU und den weiteren Ausbau der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

In der Europäischen Union und in den Mitgliedstaaten wurden die ersten Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus beschlossen und die Umsetzung des Aktionsplans zur Bekämpfung des Terrorismus eingeleitet.

Die europäischen Bürger erwarten eine geschlossene Antwort der EU auf die Bedrohung durch den Terrorismus. Die Existenz der Pfeiler für Außen- und Innenpolitik innerhalb der Europäischen Union ist beim umfassenden und wirksamen Kampf gegen den Terrorismus nicht hilfreich. **Daher sollte die Entwicklung einer allgemeinen Sicherheitspolitik, die Elemente aus beiden Pfeilern beinhaltet, in Betracht gezogen und der demokratischen Kontrolle durch das Europäische Parlament unterworfen werden.**

13.

Der unmittelbare Kampf gegen den Terrorismus, ob in Europa oder auf internationaler Ebene, wird überwiegend in dem Bereich Justiz und Inneres geführt werden und eindeutig Auswirkungen auf die Bereiche der Außen- und Sicherheitspolitik haben. Dies muss sich nicht widersprechen, sondern kann sich ergänzen. Klar ist, dass durch die Bombardierung Afghanistans das tiefer liegende Problem des

Terrorismus nicht gelöst worden ist. Wir müssen **einen umfassenderen Ansatz** entwickeln, der sich auf die folgenden Elemente stützt:

- ▶ Um das im Unionsvertrag verankerte Recht der Bürger auf Leben, Freiheit und Sicherheit zu garantieren, ist unser bestes Mittel **eine enge Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres**. Nach dem 11. September ist dies deutlicher zutage getreten.
- ▶ Die Mitgliedstaaten sollten die Notwendigkeit flexiblerer und wirksamerer Mechanismen und eines demokratischeren Funktionierens der Politik im Bereich Justiz und Inneres akzeptieren. Wir unterstützen **die Einbeziehung dieser Politikmaßnahmen in den Gemeinschaftsrahmen** unter Inanspruchnahme des in Artikel 42 des EU-Vertrags vorgesehenen Verfahrens.
- ▶ Wir unterstützen die Beschlüsse des außerordentlichen Europäischen Rates vom 21. September 2001:
 - Umwandlung von Europol zu einem Einsatzorgan, bei dem ein echter und wirksamer Informationsaustausch mit Einsatzfähigkeit erfolgt; Europol sollte unter justitieller und parlamentarischer Kontrolle tätig sein;
 - Schaffung von Eurojust und Einsatz der Mechanismen der justitiellen Zusammenarbeit;
 - Erlass des europäischen Gesetzes über Durchsuchung und Festnahme;
 - Weiterführung des Prozesses der Annäherung der nationalen Strafvorschriften für Straftaten von grenzüberschreitendem Charakter nach Artikel 29 des EU-Vertrags;
 - fortwährende Überwachung zur Gewährleistung der Wirksamkeit und um sicherzustellen, dass Menschenrechte nicht mit Füßen getreten werden.

Größere Wirksamkeit bedeutet weniger Opfer im Bereich Freiheit und persönliche Rechte. Die Zusammenarbeit innerhalb der Union kann den Bürgern verstärkte Wirksamkeit beim Schutz der Freiheit bieten, die der Terrorismus zu zerstören versucht.

Die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und innere Angelegenheiten muss Teil der außenpolitischen Agenda der Europäischen Union werden. Die Zusammenarbeit auf Regierungsebene in den Bereichen Justiz und Strafverfolgung und eine stärkere Kooperation von Polizei und Nachrichtendiensten müssen fester Bestandteil unseres Kampfes gegen den Terrorismus in Europa wie auf der ganzen Welt sein.

Die Europäische Union verfügt über neue Rechts- und Finanzinstrumente zur Unterstützung von Flüchtlingen. Die Richtlinie für den vorübergehenden Schutz von Flüchtlingen und der Europäische Flüchtlingsfonds geben uns die Mittel, Flüchtlinge sowohl in der EU als auch in Drittländern zu unterstützen, was, falls nötig, jetzt geschehen sollte, selbst wenn diese sich in einer Übergangsphase befinden.

DIE BEKÄMPFUNG des TERRORISMUS

POSITIONSPAPIERS ZUR BEKÄMPFUNG DES TERRORISMUS
NACH DEN ANSCHLÄGEN AUF DIE VEREINIGTEN STAATEN

MÄRZ 2002



DIE BEKÄMPFUNG des TERRORISMUS

POSITIONSPAPIERS ZUR BEKÄMPFUNG DES TERRORISMUS
NACH DEN ANSCHLÄGEN AUF DIE VEREINIGTEN STAATEN

MÄRZ 2002

Für den auf der Tampere-Tagung lancierten Kampf gegen Diskriminierung sind die erforderlichen Rechtsvorschriften größtenteils erlassen worden und befinden sich im Stadium der Umsetzung in einzelstaatliches Recht, obwohl die vielen Ausnahmenregelungen, die die Mitgliedstaaten abweichend von den ursprünglichen Vorschlägen der Kommission durchgesetzt haben, die Gefahr bergen, dass der Kampf gegen Diskriminierung an Durchsetzungskraft verliert. Besonders hilfreich wird er bei der Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sein. Die in Tampere ins Auge gefassten gemeinsamen Rechtsvorschriften für die Einwanderungspolitik müssen erarbeitet werden.

14.

Wir müssen erkennen, dass die Terroranschläge in der Öffentlichkeit Furcht und Besorgnis ausgelöst haben, insbesondere in den Vereinigten Staaten, jedoch auch in Europa und andernorts. Die Forderung unserer Bürger nach Sicherheit, Schutz und direkten Maßnahmen darf nicht außer acht gelassen werden. Furcht beseitigt keine Gefahr und kann irreführend sein. Es gibt kein Nullrisiko, und es wird nicht möglich sein, Terroranschläge in Zukunft völlig auszuschließen, ohne zu einem totalitären Polizeistaat zu werden. Extremisten wie diejenigen, die die unglaublichen Verbrechen in New York und Washington begangen haben, werden immer Möglichkeiten finden, sich die inhärente Verletzbarkeit unserer offenen Gesellschaft zunutze zu machen. Es muss **ständig hervorgehoben werden, dass Offenheit und Demokratie die Grundwerte unserer Gesellschaft und daher unsere Rechtfertigung für den Kampf gegen den Terrorismus darstellen.** Unsere Freiheiten und demokratischen Rechte müssen gleichzeitig vor jeglicher Überreaktion geschützt werden, damit die Grundlage unserer offenen Gesellschaft, die wir verteidigen wollen, nicht untergraben wird. Die Europäische Union muss ein Beispiel für die übrige Welt im Hinblick auf die Förderung von Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Gerechtigkeit sowie politischer, wirtschaftlicher und sozialer Stabilität bleiben.



15.

Viele der zugrunde liegenden Interessen, die dem Vernehmen nach der Nährboden für Terrornetze im Nahen Osten und andernorts sind, betreffen solche starren religiösen, ethnischen und kulturellen Identitäten, denen Konzepte wie gegenseitiges Vertrauen, Dialog und Toleranz fremd sind.

Die Bekämpfung des Terrorismus ist Bestandteil der allgemeinen Bemühungen um eine bessere Weltordnungspolitik. Der 11. September hat bewiesen, dass wir mehr als je zuvor eine reibungslos funktionierende globale Demokratie, ja sogar einen globalen Wohlfahrtsstaat brauchen, der die Grundbedürfnisse der Menschen erfüllt. Globales Regieren bedeutet mehr als einfach nur mehr Regeln und stärkere demokratisch aufgebaute und repräsentative Organisationen. Dabei geht es um eine sozial gerechte Verteilung, eine „humane“ Marktwirtschaft und die Gewährleistung angemessener Sicherheit. Wir sind stärker als je zuvor voneinander und von der Bereitschaft eines jeden Landes abhängig, zu einem voll entwickelten Bestandteil einer globalen Demokratie zu werden, in der Bewährungsproben gemeinsam bestanden werden. Das 21. Jahrhundert ist ein Jahrhundert globaler Gemeinsamkeit und Zusammenarbeit, nicht der Alleingänge und der Isolation.

Der Europäischen Union fällt potentiell eine wichtige Rolle im Rahmen des globalen Regierens zu. Blickt man in die Zukunft, so wird Europa reale Möglichkeiten als Kraft für positive Veränderungen besitzen und unsere Erfahrung beim Bau von Brücken zwischen alten Feinden nutzen. Strafmaßnahmen müssen an einem gewissen Punkt einem konstruktiven kulturübergreifenden Dialog weichen. An dieser Stelle tritt Europa auf den Plan.

Wie werden wir mit einer globalen Gesellschaft fertig, in der Religionen und Kulturen in engen Kontakt miteinander geraten, entweder aufgrund einer zunehmenden Mobilität und Beweglichkeit der Menschen oder durch zunehmende Sichtbarkeit aufgrund einer verstärkten Durchdringung durch die Medien? Dies ist unseres Erachtens eine Schlüsselfrage des globalisierten Zeitalters, eine Frage, der noch nicht die Bedeutung beigemessen wird, die sie verdient.

Ein Fazit hinsichtlich des Wegs, auf dem wir eine Kulturpolitik in Angriff nehmen und sie der Öffentlichkeit präsentieren würden, lautet folgendermaßen. **Wir würden vorschlagen, den Grundsatz der Heterogenität höher einzustufen als Homogenität.** Wir würden unsere Politik in das Konzept der Einigkeit in Vielfalt einbetten. Wir sollten alle erkennen, dass die jüngste traditionelle (und ziemlich abfällige) Vorstellung von der Kultur als „weichem“ Politikbereich im gegenwärtigen globalen Kontext nicht länger haltbar ist.

16.

Der Einsatz in Afghanistan war für die internationale Allianz und natürlich auch für die Opposition im Land selbst ein Erfolg. Es ist jedoch nicht gewiss, ob die Netzwerke, die die Anschläge vom 11. September möglich gemacht haben, zerstört worden sind. Diese Ungewissheit weckt Befürchtungen, dass neue, noch dramatischere Terroranschläge folgen könnten. Obwohl geschwächt, scheint der internationale Terrorismus weiter zu bestehen, und er hat sein wichtigstes Ziel - die Amerikaner aus den islamischen Ländern zu vertreiben - nicht erreicht. Mit Bomben kann nicht erreicht werden, dieser Bedrohung ein Ende zu bereiten. Das ist Aufgabe der Polizei, der Geheimdienste und der Justiz allgemein. Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu erfahren, welche Fortschritte es in diesem



10



11

Bereich tatsächlich gibt. Die EU hat ganz richtig entschieden, dass Europa auf den Terrorismus reagieren muss, daher sollte es auch Auskunft geben, was es unternimmt. Dies gilt zunächst für sämtliche Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen innerhalb seines Zuständigkeitsbereichs, aber auch für die Aktionen im globalen Maßstab.

Die Amerikaner begeben sich bereits in andere Regionen wie etwa die Philippinen, wobei sie Aktionen anderswo nicht ausschließen. Präsident Bush hat es in seiner Rede zur Lage der Nation an Deutlichkeit nicht fehlen lassen. Der Zusammenbruch der Taliban bedeutet nach Auffassung der US-Regierung nicht, dass der Unterstützung durch Staaten ein Ende bereitet wurde. Ihrer Auffassung nach ist es dem internationalen Terrorismus nicht möglich, ohne Unterstützung von Staaten zu operieren. Gleichzeitig wissen wir nichts über sein derzeitiges Ausmaß. **Die EU muss sich mit dieser Frage im Rahmen der GASP befassen und hat damit auch schon begonnen. Sie muss klar und deutlich ihr Konzept für Frieden und Sicherheit in der Welt und für die Beilegung von Konflikten aufzeigen, was abgesehen von der den USA nach dem 11. September bekundeten Solidarität durch die Einnahme einer bezeichnenden Haltung der EU zum Ausdruck kommen kann.**

Wir müssen die Kriterien bestimmen, die wir der Beurteilung von Staatsterrorismus zugrunde legen, und die Schritte festlegen, die wir, etwa auf politischem, diplomatischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet, zu seiner Bekämpfung unternehmen wollen. In diesem Zusammenhang lehnen wir den vereinfachenden Standpunkt ab, bestimmte Länder zur „Achse des Bösen“ zu erklären und dadurch militärische Interventionen gegen sie zu rechtfertigen.

Europa sollte als Partner der USA in Erscheinung treten. Wir müssen darauf dringen, dass sich die USA nicht nur gegenüber dem internationalen Terrorismus, sondern auch gegenüber den tatsächlichen Ursachen des Terrorismus unversöhnlich zeigen, und uns bei unserem Handeln von gegenseitiger Zusammenarbeit und Achtung voreinander leiten lassen. Europa sollte seinen Standpunkt deutlich machen, dass die Absetzung von Regimes durch neue Kriege, ohne dass zuvor der Nachweis für deren Unterstützung des Terrorismus geführt und die weltweite Allianz für diese Strategie gewonnen wurde, mit klaren Argumenten abzulehnen ist.

**Pervenche Berès, Vorsitzende der Arbeitsgruppe über Terrorismus
Jan Marinus Wiersma, Berichterstatter der Arbeitsgruppe über Terrorismus**

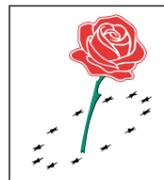


GROUPE PARLEMENTAIRE
DU PARTI
SOCIALISTE EUROPÉEN

PARLIAMENTARY GROUP
OF THE PARTY OF
EUROPEAN SOCIALISTS

FRAKTION DER
SOZIALDEMOKRATISCHEN
PARTEI EUROPAS

GRUPO PARLAMENTARIO
DEL PARTIDO
SOCIALISTA EUROPEO



EUROPÄISCHES PARLAMENT
RUE WIERTZ - B-1047 BRUXELLES
TEL.:+32 2 284 21 11
TEL. STRASBOURG: +33 3 88 17 40 01
INTERNET: <http://www.socialistgroup.org>